

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Stephan Seiter, Gyde Jensen, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 20/14374 –**

Zur aktuellen Situation der Novellierung der EU-Regulierung für neue Züchtungstechniken

Vorbemerkung der Fragesteller

Die globale Agrar- und Lebensmittelproduktion steht vor großen Herausforderungen. Innovationen wie neue Züchtungstechniken, insbesondere die CRISPR/Cas-Technologie, bieten dabei erhebliche Chancen. Sie ermöglichen eine gezielte Anpassung von Pflanzen an klimatische Veränderungen, steigern deren Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und Krankheiten und reduzieren den Bedarf an chemischen Pflanzenschutzmitteln sowie Düngemitteln. Überdies werden sie einen entscheidenden Beitrag zur Sicherstellung der globalen Nahrungsmittelversorgung leisten.

Länder wie die USA und Kanada haben diese Potenziale erkannt und ihre regulatorischen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst. Einheitliche, wissenschaftsbasierte Regelungen in der EU sind daher entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu sichern und eine innovationsfreundliche Landwirtschaft zu fördern. Die derzeitige Regulierung neuer Züchtungstechniken in der EU verhindert jedoch ihren Einsatz und behindert dadurch auch eine umfassende Erforschung ihrer Potenziale. Dies blockiert unseren eigenen Fortschritt.

Ein transparentes und evidenzgeleitetes Handeln und Kommunizieren der gesamten Bundesregierung zu diesem Thema ist daher unbedingt erforderlich, um Wettbewerbsnachteile abzubauen, Innovationen nutzen zu können und das Vertrauen in die Züchtungstechniken zu stärken.

Es ist daher erfreulich, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sich auf seiner Website klar für den Einsatz neuer Züchtungstechniken ausspricht: „Neue Züchtungstechniken [bringen] keine neuen Risiken gegenüber der traditionellen Züchtung mit sich“ (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/neue-zuechtungstechniken-faq.html).

Vor diesem Hintergrund wird die ablehnende Haltung des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, gegenüber einer evidenzbasierten Novellierung der EU-Regulierung für neue Züchtungstechniken von den Fragestellern als sehr bedenklich eingestuft. Sie ist mithin dazu geeignet, das Vertrauen der Wissenschaft in die Bundesregierung zu beschädigen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Es ist allgemein bekannt, dass im Zusammenhang mit Neuen Genomischen Techniken (NGT) sowohl in Deutschland als auch innerhalb der Europäischen Union (EU) unterschiedliche Einschätzungen und Perspektiven bestehen.

Diese Divergenzen spiegeln sich auch in der aktuellen Diskussion zum Vorschlag der EU-Kommission wider, die Regelungen für neue genomische Technologien zu ändern. Die Beratungen der Bundesregierung haben bestätigt, dass zu einzelnen Regelungsinhalten unterschiedliche Auffassungen bestehen. Darüber hinaus sind zum Vorschlag der EU-Kommission noch wichtige Fragen offen, die einer weiteren Klärung bedürfen.

Vor diesem Hintergrund wird sich die Bundesregierung aktiv in die anstehenden Abstimmungsprozesse einbringen und ihre Positionierungen zu künftigen Entscheidungen abstimmen. Dabei sollte der Umgang mit NGT aus Sicht der Bundesregierung wissenschaftsbasiert und im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip erfolgen. Dabei müssen auch die Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Landwirtinnen und Landwirte sowie der Pflanzenzüchterinnen und -züchter berücksichtigt werden.

1. Durch welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neuen Züchtungstechniken zu stärken?

Fragen der Gentechnik, der neuen genomischen Techniken und der neuen Züchtungstechnologien berühren die Interessen einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Eine fundierte und sachliche Auseinandersetzung mit diesen komplexen Fragen ist essenziell, um tragfähige Lösungen und gute Kompromisse zu entwickeln.

Der Umgang mit NGT sollte aus Sicht der Bundesregierung wissenschaftsbasiert und im Einklang mit den Vorsorgeprinzipien erfolgen.

Für die breite Öffentlichkeit sind insbesondere eine fundierte wissenschaftliche Bewertung der Chancen und Risiken, eine sichere wissenschaftsbasierte und praktikable Regulierung und sachgerechte und umfassende Informationen über NGT als vertrauensbildende Maßnahmen wichtig. In diesem Kontext ist es zudem wichtig, den Stand der Wissenschaft zu NGT voranzutreiben und umfassend zu bewerten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Erforschung und Entwicklung des gesamten Spektrums von Züchtungstechnologien, dazu gehören auch neue molekularbiologische Verfahren einschließlich der NGT. Parallel stärkt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) insbesondere die Forschung zur Entwicklung von Nachweismethoden. Förderschwerpunkt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz ist die Forschung zur Risikobewertung und zur strategischen Vorausschau von Gentechnik, einschließlich NGT.

2. Wie bewertet die Bundesregierung die derzeitige Regulierung neuer Züchtungstechniken in der EU im Vergleich zu den Rechtsrahmen in Staaten außerhalb der EU, insbesondere im Hinblick auf mögliche Wettbewerbsnachteile für deutsche Forschungseinrichtungen und Unternehmen?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung dafür, dass Deutschland und die EU eine führende Rolle bei der Erforschung und Entwicklung neuer Züchtungstechniken einnimmt?

4. Wie plant die Bundesregierung, den Zugang für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Unternehmen zu innovativen Technologien wie CRISPR/Cas zu stärken?
5. Wie plant das BMBF, sich auf europäischer und internationaler Ebene für wissenschaftlich fundierte Rahmenbedingungen neuer Züchtungstechniken einzusetzen, das Potenzial neuer Technologien auszuschöpfen und Innovationen zu ermöglichen?
6. Welche Position hinsichtlich der Novellierung der Regulierung von neuen Züchtungstechniken wird das BMBF innerhalb der Bundesregierung, innerhalb der EU und auf internationaler Ebene künftig einnehmen?
7. Wie bewertet das BMBF, dass dank der sogenannten neuen Züchtungstechniken Nutzpflanzen ertragreicher und resistenter gegen Schäden durch Hitze, Dürre oder Pilzbefall werden können (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/neue-zuechtungstechniken-faq.html)?

Die Fragen 2 bis 7 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung setzt sich umfassend mit Fragen betreffend neuer Züchtungstechniken und deren Förderung auseinander. Dazu gehört, die Forschung zu den Möglichkeiten der neuen genomischen Techniken zu fördern, und die Belange von Landwirtinnen und Landwirten, Züchterinnen und Züchtern, Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Wissenschaft zu berücksichtigen. In ihrer Zukunftsstrategie Forschung und Innovation hat die Bundesregierung festgehalten, dass sie die Züchtung von klimaangepassten und robusten Pflanzensorten unterstützen und fördern will. Zu den Schwerpunkten wird zudem auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/8114 verwiesen.

Im Sinne auch der künftigen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa im internationalen Vergleich sind die Rahmenbedingungen fortlaufend zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die EU-Kommission hat zur Regulierung von Pflanzen, die durch neue genomische Techniken entstanden sind (KOM(2023)411) einen Verordnungsentwurf vorgelegt.

Auf die Antwort zu den Fragen 11 bis 14 wird verwiesen.

8. Wie bewertet das BMBF, dass durch den Einsatz neuer Züchtungstechniken eine schnellere und ressourcenschonendere Pflanzenzüchtung möglich ist als durch konventionelle Pflanzenzüchtung (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/neue-zuechtungstechniken-faq.html)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es in Deutschland, aber auch in der EU hierzu unterschiedliche politische Einschätzungen und Perspektiven.

9. Welche Maßnahmen, insbesondere Fördermaßnahmen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, hat das BMBF in den vergangenen drei Jahren umgesetzt, um die Forschung an neuen Züchtungstechniken zu unterstützen und Innovationen in diesem Bereich zu fördern?

Mit den Fördermaßnahmen „Pflanzenzüchtungsforschung für die Bioökonomie“ (Phase 3, ab dem Jahr 2022) sowie „Moderne Züchtungsforschung für klima- und standortangepasste Nutzpflanzen von morgen“ (in den Jahren 2024 bis 2028) strebt das BMBF sowohl die Schaffung einer pflanzenbasierten Basis für eine nachhaltige Ernährungssicherung als auch die Bereitstellung hochwertiger

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen an. Insbesondere sollen die Grundlagen für die Züchtung innovativer, zulassungsfähiger Nutzpflanzensorten geschaffen werden, die eine verlässliche, klimarobuste Versorgung mit hochwertigen, gesunden und sicheren Nahrungsmitteln auch zukünftig gewährleisten können und hierbei den Folgen des fortschreitenden Klimawandels nachhaltig begegnen können. Hierbei werden sowohl konventionelle Verfahren als auch neue genomische Methoden eingesetzt. Eine öffentliche Darstellung der geförderten Vorhaben findet u. a. über das Internet-Wissensportal „pflanzenforschung.de“ (siehe insbesondere Rubrik, Forschung PLANT 2030) statt.

10. Wie bewertet der Bundesminister für Bildung und Forschung, Cem Özdemir, das bisherige Engagement seines Ministeriums für den Forschungsstandort Deutschland hinsichtlich moderner Züchtungstechniken?

Die Bundesregierung fördert die Erforschung und Entwicklung des gesamten Spektrums von Züchtungsmethoden.

11. Wie bewertet das BMBF den Vorschlag der EU-Kommission von Juli 2023 zur Regulierung von Pflanzen, die durch neue Züchtungstechniken entstanden sind (https://food.ec.europa.eu/plants/genetically-modified-organisms/new-techniques-biotechnology_en)?
12. Welche zentralen Unterschiede traten bei der Bewertung des Vorschlags der EU-Kommission von Juli 2023 zwischen der Bewertung des BMBF und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf?
13. Wie begründet und bewertet der Bundesminister für Bildung und Forschung, Cem Özdemir, die Ablehnung der Bundesregierung des EU-Kommissionsvorschlags vom Juli 2023, angesichts der Einschätzung von DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) und Leopoldina, dass neue Züchtungstechniken zur Lösung der Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise beitragen (www.dfg.de/de/service/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung-nr-01)?
14. Wie bewertet das BMBF, dass weitergehende Bestrebungen der Bundesregierung für verbesserte Rahmenbedingungen für die Forschung an neuen Züchtungstechniken aufgrund eines ablehnenden Votums des BMEL zum Vorschlag der EU-Kommission von Juli 2023 verhindert wurden?

Die Fragen 11 bis 14 werden gemeinsam beantwortet.

Die Beratungen der Bundesregierung zum Vorschlag der EU-Kommission zur Regulierung von Pflanzen, die durch neue genomische Techniken entstanden sind (KOM(2023)411), sind noch nicht abgeschlossen.